

[ONLINE, 8.2.2017](#)

## Stationär zu ambulant: Jetzt wird nochmals geredet

**Sollen 13 konkrete Eingriffe strikt nur noch ambulant erfolgen? Die Pläne im Kanton Luzern stossen auf Widerstand. Jetzt sich die Gesundheitsbehörden, Ärzte, Spitäler und Kassen zusammen.**



Rationierung? Regierungsrat Guido Graf | PD

Der Kanton Luzern macht bekanntlich Ernst: Er setzt Druck auf, dass bei 13 Eingriffen routinemässig nur noch ambulant eingegriffen wird. Die entsprechenden Pläne

der Kantonsregierung, Mitte Januar veröffentlicht, weckten aber umgehend Kritik. Die Luzerner Ärztesgesellschaft monierte, dass sie gar nicht befragt worden sei, und sie stellte die Frage in den Raum, ob ein einzelner Kanton überhaupt legitimiert sei, solche Eingriffe einseitig zu klassifizieren

Nun wird geredet. Wie der zuständige Fachbereichs-Leiter gegenüber der «Luzerner Zeitung» bestätigte, sind in den nächsten Wochen mit mehreren Partnern Gespräche geplant. Dabei gehes es um die Einführung, Umsetzung und Entwicklung der 13er-Liste.

### **So oder so: Eine Liste kommt**

Mit am Tisch sitzen sollen neben der Ärztesgesellschaft auch das Kantonsspital, die Hirslanden-Klinik St. Anna sowie Concordia und CSS, die beiden grossen Krankenversicherer vor Ort.

Es sei aber unverändert davon auszugehen, dass die Liste Mitte Jahr eingeführt werde, sagte der Vertreter der Gesundheitsdirektion zur LZ. Denkbar sei, dass die Liste konkretisiert wird, zum Beispiel, indem dass bei bestimmten zusätzlichen Diagnosen die stationäre Behandlung auch künftig bezahlt wird.

### **«Rationierung ist nicht Sache der Ärzte»: FMCH-Präsident Brandenburg zu den Luzerner Plänen**

Eine interessante Argumentation bietet Josef E. Brandenburg. Auch der FMCH-Präsident wurde von der «Luzerner Zeitung» zur 13er-Liste befragt. Der Luzerner Orthopäde denkt, dass es der Regierung dabei wohl zuerst um die Entlastung der Kantonsfinanzen gehe – das grundsätzliche Problem der unterschiedlichen Finanzierung zwischen ambulant (100 Prozent Krankenversicherer) und stationär (55 Prozent öffentliche Hand, 45 Prozent Krankenkassen) sei damit nicht aus der Welt.

Grundsätzlich äusserte Brandenburg Zweifel am Patientennutzen der Aktion: Viele Patienten blieben lieber einen Tag länger im Spital, als ohne die nötige Nachsorge nach Hause entlassen zu werden.

Allerdings: Dass der Luzerner Gesundheitsdirektor Guido Graf die Sache ohne Rücksprache mit der der Ärzteschaft durchdrücken wolle, sei in Ordnung, so Brandenburg. Die 13er-Lise sei nämlich eine «Rationierung, indem den Patienten aus finanziellen Gründen etwas vorenthalten wird.»

Eine Rationierung wiederum sei nicht Sache der Ärzteschaft, sondern sei ein politischer Entscheid, sagt Brandenburg.

© **Medinside**